Schau mal, wie es auch fair geht

Auch immer mehr Kommunen wollen nachhaltig beschaffen – sie wissen nur nicht wie. Tipps aus der Praxis.

Von Martina Hahn

Wer beim Einkauf auf Bio- und faire Produkte achtet, mag auf der richtigen Seite stehen – und kann als Beschaffer trotzdem viel falsch machen. Zum Beispiel den Kollegen vom Tiefbau oder aus dem Grünflächenamt etwas aufdrücken, statt sie in die Auswahl mit einbeziehen. „Nehmen Sie alle, die mit Ihren Einkäufen arbeiten müssen, bei Ihrer Entscheidung mit“, rät Aiko Wichmann.

Wichmann leitet das Vergabe- und Beschaffungszentrum von Dortmund. Damit ist er quasi oberster Einkäufer der Stadt. Einer Stadt, die wie Hamburg, Mainz, Bremen, Bonn, Leipzig oder München als Paradebeispiel für eine nachhaltige Beschaffung gilt. Wichmann und sein Team achten

Anders einkaufen

Eine Serie der Sächsischen Zeitung

bei den Hemden, Jeans oder Socken für die Feuerwehrleute, Gärtner, Zoowärter oder Kanalbauer darauf, dass die Kleidung unter sozial fairen Bedingungen hergestellt wurde, die neuen Computer möglichst wenig Strom ziehen, Fußbälle für die Schulen nicht von Kindern genäht und Pflastersteine nicht von Jugendlichen gehämmert wurden. Und auch darauf, dass die Lebensmittel für Kita oder Kantine möglichst ein Bio- oder Fairtrade-Zeichen tragen oder vom heimischen Acker stammen.

Aufträge im Wert von mehreren Millionen Euro vergibt Dortmund Jahr für Jahr – auch an Händler, die Arbeits- und Schutzkleidung mit sauberen Labels wie dem Fairtrade-Siegel, dem Gots-Ökozeichen oder Textilien von Mitgliedern der Fair Wear Foundation im Sortiment haben. Die sorgsame Beschaffung hat der Stadt in doppelter Hinsicht geholfen: Sie hat der finanzklammen Kommune Geld gespart – und ihr Image verbessert: „Wir sind eine Unistadt“, sagt Wichmann. „Nachhaltige Zeichen zu setzen, spricht junge Leute an.“

Dabei geht er auch mal selbst in die Kolonne und schwingt die Schippe. „Ich weiß aus eigener Erfahrung, wie es ist, wenn man auf der Baustelle bei Kälte im Regen arbeitet“, so Wichmann. „Sag ich dem Kollegen dann, hier, probier mal diese Jacke, die ist öko, hält aber genauso dicht, dann ist das nicht nur ehrlich, sondern auch glaubwürdig.“

Mit Steuergeldern kaufen Bund, Länder und Kommunen Pflastersteine für Marktplätze, Kaffee für die Kantine, Möbel und EDV für die Büros, Uniformen für Polizei und Feuerwehr, Bälle für Schulen, Blumen fürs Rathaus – Produkte, die überwiegend aus Billiglohnländern stammen. Für sie gibt es heute aber meist seriös zertifizierte sozial und ökologisch saubere Alternativen. Immer mehr Kommunen berücksichtigen das bei ihren Ausschreibungen.

Da freuen sich Tier und Pfleger: Im Dortmunder Zoo tragen die Mitarbeiter Dienstkleidung aus fairer Produktion. Foto: Stadt Dortmund/Stefanie Kleemann

Doch viele schreckt noch immer der Aufwand ab, sich in eine neue Vergabepraxis einzuarbeiten – oder es fehlt schlicht die Kenntnis, wie es geht. Die Umstellung auf eine öko-faire Beschaffung „ist tatsächlich nicht einfach, da viele Informationen zu Produkten und Zulieferketten nicht veröffentlicht werden“, räumt Gertrud Falk von der Menschenrechtsorganisation FIAN ein. Mit der Folge, „dass viele Kommunen Eigenerklärungen der Händler und Selbstverpflichtungen der Hersteller akzeptieren, ohne unabhängige Zertifikate zu verlangen“, ergänzt Walter Schmidt von XertifiX, einem Verein zur Förderung fairer Natursteine.

Nachhaltig muss nicht teurer sein

Dabei haben Kommunalvertreter viele Möglichkeiten, sich zu informieren: Es gibt Leitfäden und Info-Portale zur öko-fairen Beschaffung. Die Kompetenzstelle für nachhaltige Beschaffung (KNB) im Beschaffungsamt des Bundesministeriums des Innern bietet Einkäufern und Entscheidern Schulungen an, hat mit dem IT-Verband Bitkom eine erste Branchenvereinbarung zum Einkauf sozial sauberer Informationstechnologien erarbeitet und eine Hotline geschaltet. Dort, sagt KNB-Mitarbeiter Ralf Grosse, höre man immer wieder das Argument, nachhaltig einzukaufen sei zu teuer.

„Das stimmt nicht“, meint Grosse. „Nachhaltiges kostet, bis auf wenige Ausnahmen, nicht mehr als das Standardprodukt.“ Und noch weniger, sobald Kommunen Lebenszeit-, Betriebs- und Entsorgungskosten sowie externe Kosten von Produkten mit berücksichtigen, etwa die Folgekosten durch Klimaschäden. „Die Frage, wie lange das Teil hält, gehört jetzt dazu“, sagt Grosse.

Auch die Sorge vieler Beschaffer, dass sich kein Anbieter auf eine Ausschreibung mit einer Menge von Kriterien meldet, sei nicht unbegründet, aber das Problem lösbar, sagt Dortmunds Beschaffer Wichmann. Das meiste gebe es auch in nachhaltiger Qualität. Wo nicht, geht er auf Unternehmen zu. Das sei wichtig, „davon haben auch die Firmen etwas, nämlich einen Abnehmer und einen Wettbewerbsvorteil, denn soziale Aspekte werden immer wichtiger.“ Trotzdem gilt auch für Wichmann: „Bei manchen Produkten ist ein Zertifikat aktuell noch nicht durchsetzbar.“ Feuerwehr und Kanalbauer bräuchten nun mal eine bestimmte Schutzkleidung, und die gebe es nicht immer zwingend mit einem fairen Siegel.

Noch mehr Infos

- www.nachhaltige-beschaffung.info
- www.faire-beschaffung.de
- www.cora-netz.de
- „Sozial gerechter Einkauf - jetzt“ - der Praxisleitfaden von www.ci-romero.de/cora
- www.kompass-nachhaltigkeit.de

„Die Kommunen müssen sich nur trauen“

Ob Schulen, Krankenhäuser, Rathäuser oder Kitas: die öffentliche Hand ist der größte Konsument. Doch Bund, Länder, Städte und Gemeinden kaufen dabei meist unfair ein, kritisiert Andreas Roth vom Entwicklungspolitischen Netzwerk Sachsen.

Andreas Roth
Foto: Steffen Giersch

Herr Roth, auch sächsische Einrichtungen und Behörden kaufen Produkte, für die Menschen in Billiglohnländern ausgebeutet wurden. Müssen sie nicht auf Menschenrechte und saubere Zulieferer achten?

Aus moralischer Sicht schon, aus rechtlicher aber nicht. Denn das sächsische Vergabegesetz, das CDU und FDP beschlossen haben, schreibt Kommunen und staatlichen Einrichtungen lediglich vor, dass das „wirtschaftlichste Angebot“ den Zuschlag erhält. Dabei ist auf Bundes- und EU-Ebene längst klar, dass die Einkäufer der öffentlichen Hand auch soziale und ökologische Kriterien bei Ausschreibungen berücksichtigen können und dürfen. In vielen Bundesländern, etwa in Sachsen-Anhalt und Thüringen, müssen sie das sogar. Dort ist es Pflicht, dass eine Kommune darauf achtet, dass der Lieferant oder Dienstleister soziale oder umweltfreundliche Kriterien erfüllt oder seine Waren im Idealfall sogar ein faires Gütesiegel aufweisen.

Warum in Sachsen nicht?

Weil die SPD, die eine faire Vergabe fordert, bei den Wirtschaftspolitikern der CDU in der sächsischen Landesregierung auf Granit biss. Viele Wirtschaftsvertreter fürchten noch mehr Auflagen und Bürokratie bei staatlichen Ausschreibungen. Dabei würde eine einheitliche Regelung für Chancengleichheit gerade auch für kleine und sozial verantwortungsvolle Firmen sorgen. Preisdumping auf Kosten von Arbeitern hier oder in anderen Ländern hätte dann keine Chance mehr.

Viele Kommunen argumentieren, eine öko-soziale Beschaffung sei zu teuer und zu aufwendig. Stimmt das?

Es gibt einheitliche Siegel und Zertifikate, die dafür stehen, dass die Menschenrechte in der Produktion eingehalten werden. Sie bieten auch ohne großen Aufwand eine gute Orientierung bei der Produktauswahl. Die jetzige Rechtslage erlaubt soziale und ökologische Kriterien bei der Ausschreibung ja auch – die Kommunen müssen sich nur trauen. Doch viele Einkäufer stehen unter großem Druck und fürchten die Klage unterlegener Firmen. Dagegen hilft nur ein klares neues Vergabegesetz. Und politischer Wille. In Leipzig gibt es ihn, auch im Chemnitzer Rathaus ist er zu spüren – in Dresden dagegen kaum.

Was macht Leipzig anders?

Dort hat die Stadtverwaltung mit dem Einkauf von fair produzierter Dienstkleidung für Feuerwehrleute und fairen Fußbällen für die Schulen erste Zeichen gesetzt. In Chemnitz bringt der Baubürgermeister das Thema voran. Da ist noch viel Luft nach oben, aber es sind erste wichtige Schritte von Kommunen, sich ihrer Verantwortung bewusst zu werden.

■ Das Interview führte Martina Hahn.

Anleitung zum Unglücklichsein

Ein negatives Erlebnis wird erst dann zur Enttäuschung, wenn wir es so bewerten. Fünf Fallen, die Sie vermeiden sollten.

Psychotalk
Von Ilona Bürgel

Jeden Monat bekomme ich von meiner E-Book-Plattform eine Information, wie sich meine Bücher verkauft haben. Diesmal war mein erster Gedanke: „Mehr nicht?“ Gefolgt von einem Gefühl der Enttäuschung. Ich bin mir sicher, Sie kennen ähnliche Augenblicke – und sei es die Enttäuschung, dass die Waage nach Ihren Abnehmbemühungen nicht anzeigt, was Sie sich gewünscht haben.

Eine Situation ruft erst dadurch negative Gefühle hervor, dass wir sie negativ bewerten. Habe ich zum Beispiel hundert Bücher verkauft, ist das eine neutrale Information. Wir neigen allerdings dazu, jetzt einen Kontext zu bilden, in der Regel zu unseren Ungunsten. Wir vergleichen mit dem besseren Vormonat, erfolgreicheren Kollegen, höheren Erwartungen.

Erst der Gedanke „zu wenig“ ist unangenehm. Ich könnte ja auch denken: Wie schön, dass es Menschen gibt, die bei dem Überangebot auf dem Buchmarkt meine Bücher kaufen. Oder: Jedes verkaufte Buch ist die Chance für den Verkauf des Vertiefungsbuches.

Natürlich wird es Monate geben, wo die Zahlen besser als erwartet sind. Doch sind wir dann wirklich zufrieden? Oder schleicht sich der Gedanke ein, es könnte schon noch ein bisschen mehr sein – genauso wie beim Einkommen oder Abnehmen? Aus meiner Sicht gibt es vor allem folgende fünf mentale Vergleichsfallen, die uns unglücklich machen:

1 Wenn wir mit „früher“ vergleichen: Früher ist vorbei, der Markt hat sich genauso geändert wie unser Körper oder unsere Partnerschaft. Oft sieht die Vergangenheit aus der aktuellen Perspektive viel besser aus, als sie es war. Oder haben Sie sich, als Sie vor zehn Jahren zehn Kilo schlanker waren, schlank genug gefühlt?

2 Wenn wir uns mit „anderen“ vergleichen: Wir sind nicht die anderen, haben andere Verkaufstaktiken, andere Netzwerke, andere Gewohnheiten. Wir sehen bei den anderen meist nur einen Ausschnitt, zum Beispiel, dass sie bessere Gehälter haben. Dass der Kollege dafür mehrere Zusatzausbildungen absolviert hat oder viel mehr Auto fährt als wir, übersehen wir.

3 Wenn wir selektiv vergleichen: Unser Gehirn konzentriert sich gern auf Probleme und übersieht das Gute. So nehme ich die geringeren Verkaufszahlen wahr, aber nicht, dass mein Buch in einem Magazin gut besprochen wurde.

4 Wenn wir emotional vergleichen, oft aus einer Kränkung oder Enttäuschung heraus: Wir hadern dann mit der Situation oder mit uns, statt nüchtern nach objektiven Gründen zu suchen.

5 Wenn wir nicht ehrlich vergleichen: Es ist scheinbar einfacher, der Situation oder anderen die Verantwortung für ein Ergebnis zuzuschreiben. Doch wenn ich, wie in meinem Fall, keinerlei Marketingaktivitäten in einem Monat unternommen habe, ist es wahrscheinlich, dass nicht viel verkauft wird. Wenn ich bei einem Ernährungskonzept immer wieder Ausnahmen mache, wird es schwierig mit dem Abnehmen.

Fazit: Lassen Sie sich nicht alles von Ihrem Gehirn gefallen. Hüten Sie sich vor allem vor negativen Bewertungen. Diese schaden Ihrem Wohlbefinden und nehmen Ihnen den klaren Blick.

■ Dr. Ilona Bürgel ist Diplom-Psychologin und in Dresden u. a. als Coach und Autorin tätig.. Am **10. September**, 18.30 Uhr können Sie Ilona Bürgel live beim Leserforum erleben: „Die Kunst des guten Umgangs mit sich selbst“ heißt ihr Vortrag im Haus der Presse Dresden, Ostra-Allee 20. Karten ab 15 Euro, mit SZ-Card ab 14 Euro in allen SZ-Treffpunkten oder unter www.sz-ticketservice.de.

Bei Anruf Rat

Welche Versicherung ist überflüssig?

Im Sommer bin ich mit meinem Freund zusammengezogen. Jeder von uns hat bisher eine Hausratversicherung. Eine wollen wir jetzt kündigen, wissen aber nicht welche. Außerdem haben wir festgestellt, dass wir weitere Versicherungen doppelt haben – Haftpflicht, Unfall, Rechtsschutz. Können wir uns auch hier von jeweils einer trennen?

Dazu Versicherungsexpertin Heike Teubner von der Verbraucherzentrale Sachsen: Wer zusammenzieht, ins Berufsleben einsteigt, heiratet, Kinder bekommt oder ein Haus baut, sollte unbedingt seine Versicherungssituation überprüfen. Im Ergebnis wird man auf die eine oder andere Versicherung verzichten können, aber sinnvollerweise auch neue Versicherungen abschließen. Besonders wichtig ist, dass jeder Partner privathaftpflichtversichert ist, was jedoch nicht bedeutet, dass jeder einen eigenen Vertrag haben muss. Ob eine Hausratversicherung sinnvoll ist, hängt vom Wert des Hausrates und dem Umstand ab, ob in einem Schadenfall auch ohne Versicherung ausreichend Geld da ist, um den beschädigten Hausrat zu ersetzen.

Eine Rechtsschutzversicherung gehört nach Ansicht der Verbraucherzentrale Sachsen nicht unbedingt zu den wichtigen Versicherungen. Eher sollten Paare an eine Risiko-Lebensversicherung und an die Versicherung des Kindes mit einer Kinderinvaliditätsversicherung denken.

Bei bereits bestehenden Haftpflicht- und Hausratversicherungen können Paare prüfen, welcher Vertrag aufgelöst werden kann. Entscheidend ist hier das Alter des Vertrages. Grundsätzlich bleibt der ältere Vertrag bestehen, und der jüngere kann gekündigt werden. Für den beschriebenen Fall gilt ein Sonderkündigungsrecht – das heißt, es kann vor Ablauf des Versicherungsjahres gekündigt werden.

Wenn man sich nun gerade einmal mit seinen Versicherungen beschäftigt, empfiehlt sich gleich noch ein Schritt: Nicht immer hat man in der Vergangenheit preisgünstige Anbieter gefunden. Außerdem ändern sich die Angebote, oft gibt es heute bessere Versicherungsbedingungen als früher. Deshalb empfiehlt die Verbraucherzentrale Sachsen einen umfassenden Versicherungscheck. Da bei vielen Versicherungsverträgen das Versicherungsjahr dem Kalenderjahr entspricht, ist jetzt die richtige Zeit für eine solche Überprüfung. Die Kündigungsfrist beträgt bei ordentlichen Kündigungen zumeist drei Monate zum Ablauf des Versicherungsjahres. Wer sich ab 1. Januar 2020 besser versichern möchte, muss demzufolge den Altvertrag bis zum 30. September 2019 nachweisbar gekündigt haben.

■ Haben auch Sie eine Frage zum Versicherungsschutz? Am Donnerstag von 9 bis 11 Uhr bekommen Sie kostenlos Rat. Heike Teubner von der Verbraucherzentrale Sachsen beantwortet Ihre Fragen unter Tel. 0351 - 48642058.

NACHRICHTEN

Krebs ist in reichen Ländern jetzt Todesursache Nr. 1

Bei den 35- bis 70-Jährigen in reichen Ländern hat Krebs inzwischen die Herz-Kreislauf-Erkrankungen als Haupttodesursache abgelöst. Dieses Ergebnis zweier Studien wurde jetzt beim Europäischen Kardiologie-Kongress in Paris vorgestellt. Die Welt erlebe einen entscheidenden Wandel bei den nicht übertragbaren Krankheiten: Da Herz-Kreislauf-Erkrankungen in vielen Ländern weiter zurückgehen, dürfte Krebs in einigen Jahrzehnten weltweit die häufigste Todesursache werden, hieß es zu den im Fachmagazin Lancet veröffentlichten Daten. Als reiche Länder gelten bei der sogenannten PURE-Untersuchung zum Beispiel Kanada oder Schweden. Deutschland war in die Analyse nicht einbezogen. Ursache sei wahrscheinlich die schlechtere Gesundheitsversorgung in armen Ländern, erläutern die Forscher. (dpa)

E-Scooter im Test: Praktisch, aber teuer

Elektrische Tretroller lassen sich bereits in über 20 deutschen Städten mieten. Das ist zwar in der Regel unkompliziert für die Entleiher, hohe Kosten und schlechter Komfort abseits ebener Straßen trüben aber den Fahrspaß, lautet das Fazit der Stiftung Warentest. Die Tester haben die vier Anbieter Circ, Lime, Tier und Voi in einem Schnellcheck unter die Lupe genommen. Zur Entsperrgebühr von einem Euro addieren sich bei allen Vermietern noch je nach Stadt Minutenpreise zwischen 15 und 25 Cent. Bei einem exemplarischen Vergleich für eine lange und kurze Strecke in Berlin waren so unter anderem nicht nur der öffentliche Nahverkehr, sondern teilweise auch Car-Sharing-Autos günstiger. Am billigsten waren Leihfahrräder. In Sachsen ist bisher nur Lime als Verleiher aktiv – und zwar in Dresden. (dpa/rnw)